

Brief aus Berlin

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Inzidenz geht weiter zurück. Dazu trägt die immer weiter zunehmende Impfquote bei. Zahlreiche Bundesländer öffnen Kindergärten und Schulen für den Präsenzunterricht – nach Monaten der Einschränkungen. Geschäfte und Gaststätten können wieder Kunden empfangen. Unsere Lebensqualität kehrt Schritt für Schritt zurück. Gleichzeitig wollen wir gemeinsam wachsam bleiben. Um auch über den Sommer hinaus jederzeit schnell handlungsfähig zu sein, hat der Bundestag in dieser Woche die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ um bis zu drei Monate verlängert. Dies ist aber nicht gleichbedeutend mit weiteren Einschränkungen - der Beschluss ist in erster Linie Grundlage dafür, dass die Exekutiven bei Bedarf Regelungen treffen können. Zudem hat die Bundesregierung die wirtschaftlichen Hilfen für Arbeitnehmer und Unternehmen verlängert (Kurzarbeitergeld, Überbrückungshilfe III).

Ein zweites großes Thema dieser Woche waren die Angriffe auf Jens Spahn, die jeder inhaltlichen Grundlage entbehren und jeglichen Anstand vermissen lassen. Dass die Opposition versucht, den Bundesgesundheitsminister anzugreifen, um daraus politisches Kapital zu schlagen, ist aus ihrer Rolle heraus ja noch verständlich. Weshalb aber die einst so stolze Partei SPD, die im Kabinett vor einem halben Jahr dem Vorgehen von Jens Spahn zugestimmt hatte, nun falsche Behauptungen in die Welt setzt und damit mutwillig Vertrauen in die Politik der Regierung zerstört – wohlweislich mit falschen Behauptungen – ist mir selbst mit der Begründung des aufziehenden Wahlkampfes unerklärlich. Auch der Glaube, dass man als Teil der Bundesregierung mit der Beschädigung dieses Wählervertrauens gewönne, ist grotesk. Zumal die SPD diese Schlammschlacht auf dem Rücken der sozial Schwächsten austrägt. Mit dieser SPD ist leider kein Staat mehr zu machen.

In einem Positionspapier haben wir in dieser Woche 40 konkrete Maßnahmen für einen „Neustaat“ vorgelegt: reibungslose Zusammenarbeit verschiedener staatlicher Ebenen und Institutionen, agile Verwaltungsstrukturen für das 21. Jahrhundert, digitale Prozesse für Bürgerinnen und Bürger, vorausschauende und krisenfeste politische Lösungen. Zwar haben wir in der Pandemie erlebt, wie stark unsere Gesellschaft und unser Staatswesen sind. Zugleich ist der dringende Handlungsbedarf vor allem in Staat und Verwaltung aber unübersehbar. Wir wollen die richtigen Lehren aus den Erfahrungen der Pandemie ziehen und staatliches Handeln einfacher, agiler, digitaler und krisenfester machen. Wir wollen hier Ideengeber und Motor eines aufkommenden Modernisierungsjahrzehnts sein.

Unser Anspruch in der CDU/CSU-Fraktion ist es, uns bis zum letzten Sitzungstag für Lösungen einzusetzen, zugunsten der Menschen und auch zugunsten der Unternehmen und Betriebe in Deutschland.

Herzliche Grüße

Ihr Markus Koob



Fraktion im
Deutschen Bundestag



AUF EINEN BLICK...

Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter

Register über Unternehmensbasisdaten und bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer

„Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“

Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters

Die Tätigkeit des Petitionsausschusses 2020

Sicherheitsgesetze

Feststellung des Fortbestehens der epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Modernisierung des Tabaksteuergesetzes

Umsetzung der Reform der Grundsteuer

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen

Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung

Unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Neuregelung der Interessenvertretung von IHK

Transparenzregeln für die Mitglieder des Bundestages

Insolvenzicherung durch Reisesicherungsfonds

Abwehr von Steuervermeidung und unfairer Steuerwettbewerb

„Wertorientierte Parteiarbeit im Dialog“ mit Vertretern aus Nigeria

Daten & Fakten



2./3. Lesung:

Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter

Der Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung diskutierten, regelt den Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung im Grundschulalter. Dieser Rechtsanspruch soll im Sozialgesetzbuch VIII verankert werden und wird in einem gestuften Verfahren beginnend zum 1. August 2026 in Kraft treten. Er soll zunächst für Grundschulkinder der 1. Klasse gelten und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Für Investitionen in den quantitativen und qualitativen Ausbau dieser ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote werden insgesamt 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Der Bund beteiligt sich mit einer Förderquote von höchstens 50% am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzanteils der Ausgaben eines Landes. Zudem wird eine Bundesbeteiligung an den Betriebskosten durch eine Veränderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zu Lasten des Bundes geregelt. Die Betriebskostenbeteiligung wächst im Jahr 2030 auf 960 Mio. Euro auf. Wir bringen damit das zentrale Vorhaben in dieser Legislaturperiode für Familien und Grundschulkinder auf den Weg, das Grundschulkindern eine gute Nachmittagsbetreuung ermöglicht und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. ■

2./3. Lesung:

Register über Unternehmensbasisdaten und bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer

Wir haben in dieser Woche flankierende Maßnahmen zur Umsetzung der ersten Ausbaustufe des geplanten Basisregisters für Unternehmensstammdaten mit bundeseinheitlicher Wirtschaftsnummer beschlossen. Ziel des Gesamtvorhabens ist es, durch Vermeidung von Mehrfachmeldungen die Unternehmen von Berichtspflichten zu entlasten („Once-Only“-Prinzip). Der Entwurf sieht vor, dass beim Statistischen Bundesamt ein Register über Unternehmensbasisdaten errichtet und

betrieben wird. Zur eindeutigen Identifikation wird einem Unternehmen mit Aufnahme in das Basisregister eine bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer zugeordnet. ■

2./3. Lesung:

Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“

Durch diesen in zweiter und dritter Lesung beschlossenen Gesetzentwurf errichten wir eine Stiftung, mit der das bisherige Engagement des Bundes gebündelt und sichtbarer gemacht wird. Mit Projektförderungen, Veranstaltungen oder Kooperationen soll das Bewusstsein insbesondere der jüngeren Generationen für den Wert der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geschärft werden. Parallel zu dem Gesetzentwurf wird die Förderkonzeption der Bundesstiftung eingebracht. Sie legt die inhaltlichen Schwerpunkte der Stiftungsarbeit und die Förderkriterien fest. Als national bedeutsame Orte der Demokratiegeschichte werden u.a. die Frankfurter Paulskirche, das Hambacher Schloss oder das Haus der Weimarer Republik am Theaterplatz in Weimar aufgeführt. Im Bundeshaushalt 2021 sind dafür 3 Mio. Euro eingestellt. ■

Aktueller Stand der Impfungen (10.06.2021)

Deutschland

| | |
|----------------|-------------------|
| Erstimpfung: | 39.539.170 |
| Zweitimpfung: | 20.648.461 |
| GESAMT: | 59.038.531 |

Hessen

| | |
|----------------|------------------|
| Erstimpfung: | 2.967.688 |
| Zweitimpfung: | 1.395.446 |
| GESAMT: | 4.297.771 |

2./3. Lesung:

Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beraten haben, soll das Ausländerzentralregister (AZR) zum führenden und zentralen Ausländerdateisystem für alle ausländerrechtlichen Fachverfahren weiterentwickelt werden. AZR-relevante Daten sollen künftig nur einmal erhoben, im AZR gespeichert und auch von dort in die Fachverfahren übernommen werden können. Außerdem soll die Möglichkeit einer zentralen Dokumentenablage geschaffen werden. Das Gesetz ist somit ein wichtiger Baustein bei der weiteren Modernisierung der Verwaltung. ■

Bilanz:

Die Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahr 2020

Seit vier Jahren in Folge steigt die Zahl der Petitionen. Im Jahr 2020 wurden 14.300 Petitionen registriert (+800). Davon wurden 44 Prozent über das Online-Portal eingereicht. Mittlerweile sind dort 3,7 Millionen Nutzer registriert (2019 waren es 3,3 Millionen). Die im Berichtsjahr veröffentlichten 890 Anliegen führten zu rund 950.000 elektronischen Mitzeichnungen, wodurch das für eine öffentliche Beratung erforderliche Quorum von 50.000 mehrfach erreicht wurde. Inhaltlich fielen die meisten Petitionen aufgrund der Pandemie in den Zuständigkeitsbereich des BMG (2.515 Verfahren, ein Plus von 43 Prozent), gefolgt von den Ressorts BMI (1.860 Verfahren) und BMJV (1.837 Verfahren). Den größten Rückgang (Minus 53 Prozent) verzeichnete das BMU. ■

2./3. Lesung:

Sicherheitsgesetze

Mit den zweiten und dritten Lesungen des Gesetzes zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts und des Gesetzes zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei haben wir in dieser Woche die Beratungen zu zwei zentralen Sicherheitsgesetzen dieser Legislaturperiode abgeschlossen. Gemeinsam mit dem bereits im April vom Deutschen Bundestag beschlossenen IT-Sicherheitsgesetz 2.0 bilden sie ein großes Sicherheitspaket, das die Handschrift von CDU und CSU trägt und mit dem wir zentrale Vorhaben der Union aus dem Koalitionsvertrag umsetzen.

Im Bereich der Sicherheitsbehörden haben wir in dieser Legislatur früh für einen außergewöhnlichen Personalaufwuchs gesorgt. Er hat inzwischen Dimensionen erreicht, die man ohne Übertreibung historisch nennen kann: Im Zeitraum von 2016 – 2020 haben wir den

Personalkörper der Bundespolizei von 39.684 auf 49.945 Stellen, den des Bundeskriminalamtes von 5.260 auf 8.027 Stellen und den des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik von 611 auf 1.533 Stellen aufgestockt.

Mit den Sicherheitsgesetzen fügen wir nun die zweite Säule hinzu. In weiten Passagen zielen alle drei Sicherheitsgesetze darauf ab, die Befugnisse und Handlungsmöglichkeiten unserer Sicherheitsbehörden an das digitale Zeitalter anzupassen. Vor allem beim Verfassungsschutz geht es darum, den Bedeutungsverlust und die Entwertung bestehender Kompetenzen zu verhindern, zu denen es infolge der fortschreitenden Digitalisierung kommt.

Terroristen und Extremisten kommunizieren heute nicht mehr über die klassische Sprachtelefonie, sondern verschlüsselt über Chatforen und Messenger-Dienste wie Facebook bzw. Whats-App. Die Aufklärung von Organisationsstrukturen oder möglichen Anschlagplanungen ist aufgrund der Verschlüsselung mit herkömmlichen Mitteln wie der klassischen Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) nicht mehr möglich, sondern bedarf einer sogenannten Quellen-TKÜ.

Wenn der Verfassungsschutz nach bestehender Rechtslage am Ende eines aufwändigen Genehmigungsverfahrens bereits heute ein über ein Mobiltelefon geführtes Gespräch überwachen und einen SMS-Verkehr ausleiten darf, dann lässt sich niemandem erklären, warum es derzeit rechtlich unmöglich ist, eine Whats-App-Nachricht mitzulesen.

Im Zusammenhang mit der Anpassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes werden wir auch die Beobachtung von Einzelpersonen erleichtern, um im Internet durch die Beobachtung einschlägiger Plattformen und Portale frühzeitig auch auf eher stille und introvertierte Radikalisierungsverläufe aufmerksam zu werden, wie wir sie bei den Täterprofilen auf der Insel Utøya, in Christchurch, Halle und auch in Hanau hatten. Sie stellen uns ohne Zweifel vor die größten Herausforderungen und die entsprechende Rechtsänderung ist ein bedeutender Baustein der Extremismusbekämpfung.

Für unsere Polizei, und insbesondere die Bundespolizei, haben wir in dieser Legislatur einiges erreichen können: Über den bereits einleitend genannten Personalaufwuchs hinaus haben wir die Polizeizulage um rund 70 Prozent auf nunmehr 228 Euro angehoben und die Einstiegsbezüge für die Polizeianwärter erhöht. Uns war es darüber hinaus wichtig, mit einer großen Kampagne für Polizei und Rettungskräfte auf das gesellschaftliche Klima einzuwirken, in dem die Polizei ihren Dienst verrichtet, und wir haben auch den strafrechtlichen Schutz von Einsatzkräften verbessert.

Mit der kleinen Novelle des Bundespolizeigesetzes haben wir nun die rechtlichen Grundlagen der Bundespolizei modernisiert. Das Bundespolizeigesetz stammt aus dem Jahre 1994 und ist seitdem im Wesentlichen unverändert. Allein schon aus diesem Zeitablauf ergibt sich, dass die Modernisierung der Rechtsgrundlagen überfällig war. Die kleine Novelle wird die Bundespolizei ein Stück aufwerten: Sie soll neue Aufgaben und Verwendungen

unter Wahrung des sonderpolizeilichen Charakters und ein verbessertes Befugnisinstrumentarium erhalten. Unter anderem wird die Bundespolizei neue Befugnisse bei der Telekommunikationsüberwachung und zukünftig in klar begrenzten Fällen auch die Zuständigkeit für Abschiebungen inklusive der Antragsbefugnis für die Haft zur Sicherung der Abschiebung haben.

Ein für uns zentraler Punkt war es, die Unterbringung der Bundespolizei, insbesondere an den Bahnhöfen zu verbessern. Denkt man an die teilweise baulich maroden Dienststellen im bahnpolizeilichen Bereich, auf denen trotz allem sehr engagiert Dienst versehen wird, so muss man sagen: Dieser Zustand ist unhaltbar und muss aufhören.

Auch wenn wir uns in Teilen weiterführende Regelungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewünscht hätten, verstehen meine Fraktion und ich die neuen Gesetze als Ausdruck unserer Wertschätzung der Arbeit unserer Sicherheitskräfte. Im Gegensatz zu manchem unserer politischen Mitwerber ist uns bewusst, dass die Mitarbeiter unserer Polizei und unserer Sicherheitsbehörden jeden Tag für unsere persönliche Sicherheit und Freiheit arbeiten. Oft tun sie dabei keinen leichten Dienst, sondern setzen ihre Gesundheit, mitunter gar ihr Leben aufs Spiel. Ihnen gebührt kein grundsätzliches Misstrauen, sondern Dank, Anerkennung und Respekt. ■

2./3. Lesung:

Fortbestehen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Die Zahl der COVID-19-Fälle und die damit verbundenen Todesfälle in Deutschland und in Europa gehen erfreulicherweise zurück. Dennoch besteht die Gefahr immer noch fort, tausende Menschen stecken sich pro Woche an, hunderte sterben. Die pandemische Situation entspannt sich noch nicht völlig durch das Auftreten von neuen Varianten des SARS-CoV-2-Virus, wie es derzeit im Vereinigten Königreich zu sehen ist. Die Voraussetzung für eine Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite besteht also fort. Der Beschluss des Bundestages ist die Grundlage für zahlreiche Rechtsverordnungen und Anordnungen der Bundesregierung oder der Landesregierungen beispielsweise beim Thema Testen, Impfen oder Reisen - sie leisten daher weiter unverzichtbare Beiträge bei der Bekämpfung der Pandemie. Der Beschluss gilt längstens drei Monate bedeutet nicht, dass die Länder, nur weil die epidemische Lage verlängert wird, die Maßnahmen zur Infektionsbekämpfung in Kraft lassen müssen. Das haben ja bereits die letzten Wochen gezeigt, in denen dem jeweiligen Infektionsgeschehen angemessen, sukzessiv Maßnahmen gelockert wurden. Wichtig: Nicht verlängert wird die Bundesnotbremse, also die gesetzliche Regelung mit sehr konkreten Maßnahmen, die ab einer Inzidenz von 100 gilt: Diese Notbremse läuft wie geplant zum 30. Juni 2021 aus. ■

2./3. Lesung:

Modernisierung des Tabaksteuergesetzes

Das Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung diskutierten, enthält die Neuauflage des Tabaksteuermodells sowie die Besteuerung von erhitztem Tabak (sog. Heat-not-Burn-Produkte) und nikotinhaltigen Substanzen zur Verwendung in E-Zigaretten. Zukünftig wird auch Wasserpfeifentabak im Ergebnis wie Zigaretten besteuert werden, was vor allem dem Jugendschutz dient. ■

2./3. Lesung:

Gesetz zur erleichterten Umsetzung der Reform der Grundsteuer

Ebenfalls in dieser Woche befassten wir uns mit einem Gesetz, mit dem wir die in letzter Zeit ergangene höchstrichterliche Rechtsprechung zur Grundsteuerreform umsetzen. Daneben betrifft der Entwurf auch die Bewertung für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie der Grunderwerbsteuer. Mit den Änderungen werden eine rechtzeitige Umsetzung der Grundsteuerreform und eine verfassungskonforme und rechtssichere Bewertung von Grundstücken sichergestellt. ■

2./3. Lesung:

Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung

Wir befassten uns in zweiter und dritter Lesung mit einem Gesetzentwurf, der die Qualität der Versorgung der Versicherten bei Krankenhausbehandlungen weiterverbessert. Leistungen für die Versicherten sollen ausgeweitet werden, indem beispielsweise der Anspruch auf Einholung einer Zweitmeinung für planbare Eingriffe erweitert wird. Ambulante und stationäre Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten sollen in Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung umgewandelt werden. Für die Behandlung von Adipositas ist ein neues strukturiertes Behandlungsprogramm vorgesehen. Weiterhin soll die Koordination in Hospiz- und Palliativnetzwerken gefördert werden. Auch die ambulante Notfallversorgung wird durch ein einheitliches Ersteinschätzungsverfahren im Krankenhaus entlastet. Zusätzlich wird die Pflegeversicherung in Teilen reformiert, womit insbesondere gesichert werden soll, damit Pflegekräfte nach Tarifverträgen bezahlt werden. ■

2./3. Lesung:

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen

Mit dem in dieser Woche verabschiedeten Gesetz soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor erhöht werden, um damit die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in diesen Bereichen zu fördern. Große (börsennotierte und paritätisch mitbestimmte) Unternehmen müssen künftig mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn der Vorstand aus mehr als drei Personen besteht. Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes müssen künftig mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn der Vorstand aus mehr als zwei Personen besteht. In Körperschaften des öffentlichen Rechts der Sozialversicherung muss mindestens eine Frau im Vorstand vertreten sein. Im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis 2025 50 Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt sein. ■

2./3. Lesung:

Unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir diesen Gesetzentwurf, der in Erfüllung des Koalitionsvertrages die Einhaltung von Menschenrechten in der Lieferkette der Unternehmen stärken und Rechtsklarheit für die Wirtschaft schaffen soll. Künftig sollen in Deutschland ansässige Unternehmen ab einer bestimmten Größe verpflichtet werden, ihrer Verantwortung in der Lieferkette in Bezug auf die Achtung international anerkannter Menschenrechte durch die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten besser nachzukommen. In den Beratungen ist eine hinsichtlich der Beachtung der Menschenrechte in den Handelsbeziehungen wirksame, aber auch für die Wirtschaft umsetzbare Einigung gefunden worden. Dem auch entwicklungspolitisch ist es geboten, verantwortlich gestaltete Handelsbeziehungen und Investitionen nicht zu erschweren. Eine neue zivilrechtliche Haftung der Unternehmen ist ausgeschlossen, das haben wir im parlamentarischen Verfahren klarstellen und regeln können. Das Gesetz wird ab 2023 verbindlich für große Unternehmen mit mindestens 3.000 Beschäftigten in Deutschland (ca. 600 Unternehmen), und ab 2024 dann für alle Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten in Deutschland (ca. 2.900 Unternehmen). ■

2./3. Lesung:

Neuregelung der Interessenvertretung von Industrie- und Handelskammern

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir ein Gesetz, das die Organisation des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) neu regelt. Der bislang als privatrechtlicher eingetragener Verein organisierte DIHK soll so in einen öffentlich-rechtlichen Rechtsrahmen überführt werden und damit den gleichen Vorgaben unterliegen wie die einzelnen Industrie- und Handelskammern (IHKs). Die Neuregelung trägt auch der Umsetzung eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts Rechnung. Das Gesetz sieht vor, den DIHK e.V. in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft der IHKs umzuwandeln. In der Übergangszeit von 2 Jahren soll der DIHK e.V. diese Aufgaben – ebenfalls mit einer gesetzlichen Mitgliedschaft aller IHKs – übernehmen. ■

2./3. Lesung:

Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Bundestages

Die parlamentarischen Transparenzregeln des Abgeordnetengesetzes wurden mit diesem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung diskutierten, deutlich verbessert. Ein neuer Elfter Abschnitt des Abgeordnetengesetzes soll die bisherigen untergesetzlichen Verhaltensregeln (Anlage 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages) ersetzen. Hierdurch werden sämtliche Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete rechtssicher im Abgeordnetengesetz verankert. ■

2./3. Lesung:

Insolvenzversicherung durch Reisesicherungsfonds

Mit diesem Gesetz wird die Insolvenzversicherung für Pauschalreisen künftig über einen Reisesicherungsfonds erfolgen. Dieser Fonds soll in der Rechtsform einer GmbH organisiert sein und ein Fondsvermögen verwalten, in das die Reiseveranstalter einzahlen. Der Reisesicherungsfonds soll die bisherige Absicherungsform, die von den Versicherungen angeboten werden, grundsätzlich ablösen. Die Voraussetzungen hierfür werden mit dem Reisesicherungsfondsgesetz als neuem Stammgesetz geschaffen. Eine Änderung ist aufgrund der durch die Thomas-Cook-Insolvenz und Covid-19-Pandemie entstandenen Krise auf dem Markt der Insolvenzabsicherung für Pauschalreisen notwendig. ■

2./3. Lesung:

Abwehr von Steuervermeidung und unfairer Steuerwettbewerb

Mit diesem Gesetz werden Staaten und Gebiete, die anerkannte Mindeststandards in Steuerfragen nicht erfüllen, zu Anpassungen aufgefordert. Zu diesem Zweck sollen Personen und Unternehmen durch gezielte verwaltungsseitige und steuerrechtliche Maßnahmen davon abgehalten werden, Geschäftsbeziehungen zu diesen Staaten und Steuergebieten fortzusetzen oder neu aufzunehmen. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zu einem koordinierten Vorgehen zusammengeschlossen. Dies verspricht größtmögliche Effektivität. Darüber hinaus soll der Entwurf verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung in einem Stammgesetz zusammenführen. ■

Dialogprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung:

„Wertorientierte Parteiarbeit im Dialog“ mit Vertretern aus Nigeria

Am heutigen Freitag hatte ich die Gelegenheit im Rahmen meiner Berichterstattertätigkeit im Auswärtigen Ausschuss für Nigeria auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Abgeordneten im Repräsentantenhaus der im Juli 2020 auf Vermittlung des Auslandsbüros Nigeria der Konrad-Adenauer-Stiftung in die IDU aufgenommene nigerianische Partei Peoples Democratic Party (PDP) zu sprechen. Momentan befindet sich die PDP in einem Konsolidierungsprozess. Das Dialogprogramm der KAS soll dem Austausch zwischen Abgeordneten der PDP und deutschen CDU Abgeordneten zur Frage, wie sich Werte und Ideale einer Mitte-Rechts-Partei in der Parteiarbeit wiederfinden, dienen. ■



Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de

www.markus-koob.de

Daten & Fakten I:

Die jüngste Gemeinde Deutschlands hat einen Altersdurchschnitt von 27,7 Jahren

Mit einem Altersdurchschnitt von 27,7 Jahren war Kirchspiel Garding auf der Halbinsel Eiderstedt im Kreis Nordfriesland 2019 die jüngste Gemeinde in Deutschland. In der Gemeinde Nieby, auch in Schleswig-Holstein war 2018 gleichzeitig die älteste Gemeinde Deutschlands mit einem Durchschnittsalter von 64,2 Jahren. Bundesweit lag das Durchschnittsalter bei 44,5 Jahren. In den Stadtstaaten Hamburg (42,1 Jahre) und Berlin (42,6 Jahre) liegt und lag 2018 das Durchschnittsalter im Ländervergleich traditionell am niedrigsten, gefolgt von Bremen und Baden-Württemberg mit jeweils 43,6 Jahren. Die fünf ostdeutschen Bundesländer haben im Ländervergleich die älteste Bevölkerung. Seit 2016 steigt in den Flächenländern das Durchschnittsalter der Bevölkerung stetig an, während es in den Stadtstaaten konstant blieb. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■

Daten und Fakten II:

Cloud-Computing-Produkte werden von immer mehr Firmen in Deutschland genutzt

Laut dem Statistischen Bundesamt hat im Jahr 2020 ein Drittel der deutschen Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten Cloud-Computing-Produkte genutzt. Im Vergleich zum Jahr 2018 entspricht das einem Anstieg von 11 Prozentpunkten. Der internetbasierte Zugriff auf Softwareprodukte, Speicherplatz oder Rechenkapazität steigt dabei mit der Größe von Unternehmen. Ungefähr zwei Drittel der größeren Unternehmen (ab 250 Beschäftigten) nutzte 2020 Cloud Computing Produkte. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit dem Einsatz von Cloud Computing im Mittelfeld, bei einem europaweiten Durchschnitt von 36 Prozent der Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten, die Cloud Computing Produkte verwenden. An der Spitze im Einsatz von Cloud Computing steht in Europa Finnland mit 75 Prozent, gefolgt von Schweden und Dänemark. Am wenigsten nutzen Unternehmen in Griechenland (17 Prozent), Rumänien (16 Prozent) und Bulgarien (11 Prozent) die Möglichkeiten von Cloud Computing. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■